„Machtkampf" in der Holzindustrie

Nachdem der „Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie" sich im Frühjahr reorganisiert hat, hält er jetzt die Zeit für gekommen, zum Generalangriff auf die Holzarbeiter und ihre Organisation überzugehen. Diesen Herren sind die geringen Lohnerhöhungen, die die Holzarbeiter sich in der letzten Zeit errungen haben, Anlaß genug zum Kampf. Dabei stehen die Löhne immer noch hinter den Friedensreallöhnen zurück. Der jetzige Kampf der Holzindustriellen, der von den Kapitalisten als Auftakt zum allgemeinen Angriff auf die Arbeiterschaft gedacht ist, wurde von den Holzindustriellen von langer Hand vorbereitet.

Schon seit Wochen führt der neuorganisierte Arbeitgeberverband eine systematische Kampagne in seiner Zeitung „Die Holzindustrie" gegen die augenblicklich bestehenden bezirklichen und örtlichen Tarife. Die bezirklichen und örtlichen Tarifabschlüsse, die nach dem Scheitern der Verhandlungen zur Erneuerung des im Februar 1924 abgelaufenen Reichsmantteltarifes zustande kamen, passen den Herren Industriellen nicht mehr. Unter dem Deckmantel von zentralen Verhandlungen hoffen sie gleichzeitig genügenden Anlaß zu finden, um eine generelle Herabsetzung der Löhne und eine Verschlechterung der Lebenslage der Holzarbeiter durchzudrücken.

In der „Holzindustrie" vom 2. Mai wird den Holzarbeitern schon der Kampf angekündigt. In einem Artikel, der sich gegen die Lohnbewegung der Holzarbeiter wendet, heißt es:

„Es wird jedoch dringend notwendig sein, daß die Abwehr solcher unberechtigten Forderungen nicht, wie es bisher geschehen ist, von einzelnen Gruppen der Arbeitgeber des Holzgewerbes ausgetragen wird, sondern daß, wenn, wie im gegenwärtigen Augenblick, sich die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß eine weitere Erhöhung der Löhne sich mit der Wirtschaft nicht verträgt, sich ein geschlossener Widerstand auch der organisierten Arbeitgeber herausstellt, der jedoch der geschlossenen Masse der organisierten Holzarbeiter gegenüber nur wirksam werden kann, wenn einheitlich die Antwort der Arbeitgeber auf die maßlosen Forderungen der Arbeitnehmer lautet: **„Bis hierher und nicht weiter!"**

Das war deutlich genug. Das war die offene Kriegserklärung. Die notwendigen Vorbereitungen für den Kampf wurden dann auf der Weimarer Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie am 13. Mai getroffen. Hier wurde beschlossen, daß die einzelnen Mitgliederverbände Lohnabkommen ohne Zustimmung des geschäftsführenden Vorstandes nicht mehr vereinbaren dürfen. Weiter wurde beschlossen, dem geschäftsführenden Vorstand Vollmacht unter Hinzuziehung eines Vertreters eines jeden Unterverbandes zum Abschluß eines Lohnabkommens zu geben. Damit war die Kampfleitung zum Angriff geschaffen.

Die folgenden Verhandlungen mit dem Holzarbeiterverband sollten den genügenden Anlaß zum Losschlagen geben. Die Forderungen wurden dann auch in den Verhandlungen von dem Arbeitgeberverband so gestellt, daß sie einer Verhöhnung der Holzarbeiter gleichkamen und die Verhandlungen scheitern mußten. Die Unternehmer dachten gar nicht daran, die so geringen Forderungen des Hauptvorstandes des Holzarbeiterverbandes, durchschnittlich 15 Prozent Lohnerhöhung, die schon vorher in den Bezirken gestellt worden waren, zu beachten, sondern sie schlugen Spitzenlöhne vor, die noch hinter den jetzt gezahlten Löhnen in verschiedenen Bezirken zurückblieben. So beträgt der Vertragslohn zurzeit in Köln 1,00 Mark. Die Unternehmer dagegen schlugen 0,95 Mark vor. Schon diese Tatsache allein beweist, daß es den Unternehmern bei den Verhandlungen nicht auf den Abschluß eines Vertrages ankam.

Die Holzindustriellen haben dann, nachdem die Verhandlungen abgebrochen waren, am gleichen Tage — am 6. Juni — durch WTB. mitteilen lassen, daß mit „Arbeitskämpfen im größeren Umfange" zu rechnen sei, und der Landesverband Brandenburg hat am gleichen Tage in einem Rundschreiben die restlose Aussperrung aller Holzarbeiter bis zum Sonnabend, den 13. Juni, bei Arbeitsschluß angeordnet. Alle Arbeiter, die nicht dem Holzarbeiterverband angehören, und die unterschriftlich bescheinigt haben oder noch bescheinigen, sollen mit voller Arbeitszeit weiter beschäftigt werden. Ein solches Rundschreiben konnte selbstverständlich nur noch am selben Tage von den Unternehmern herausgegeben werden, wenn sie nicht vorher ganz genau über die zu ergreifenden Maßnahmen klar waren und diese durch Beschluß festgelegt hatten. Am 8. Juni ist dann auch in der „Holzindustrie" schon der Beschluß veröffentlicht worden.

Die Aussperrung soll in allen Bezirken trotz der in den verschiedenen Bezirken noch laufenden Tarife durchgeführt werden. Die Unternehmer pfeifen auf die gemachten Abschlüsse, wenn sie die Zeit für erfolgreiche Durchbrechung dieser Tarife für gekommen erachten. Sie bestätigen damit nur von neuem die von der Opposition im Holzarbeiterverband immer vertretene Meinung, daß die Unternehmer nur dann die arbeitsgemeinschaftlichen Abmachungen annehmen, wenn sie sich im Augenblick nicht stark genug fühlen, um den Arbeitern ihren Willen aufzwingen zu können, daß sie aber im günstigen Augenblick diese damen Verträge als einen Fetzen Papier betrachten. Die Holzarbeiter sehen an dem Vorgehen der Unternehmer von neuem, wie falsch die Politik des Hauptvorstandes war, der oft günstige Gelegenheiten zur Verbesserung der Lage der Holzarbeiter verpaßte, um sich und die Kollegen am Kampfe hinderte, weil die Tarifverträge dem im Wege standen. Tarifverträge sind Machtfragen. Das ist die erste Lehre, die die Holzarbeiter aus diesem Kampf ziehen müssen. Der Hauptvorstand des deutschen Holzarbeiterverbandes jedoch hat, statt die Mobilisierung der gesamten Holzarbeiter für den Kampf als Antwort auf die von den Industriellen getroffenen Vorbereitungen zu proklamieren, die Kollegenschaft eingelullt, und Flaute über die Vorbereitungen gemacht. Er nahm den von den Unternehmern hingeworfenen Fehdehandschuh nicht auf, sondern jammerte vielmehr, daß der so notwendige Kampf ausgebrochen sei, schrieb er: **„Also Kampf statt Verständigung und planmäßiges Zusammenarbeiten. Dies ist die Losung der Unternehmer.** Wird dieser Kampf ebenso mustergültig geführt, wie der Artikelschreiber Deutsch schreibt, dann braucht es dem deutschen Holzarbeiterverband nicht bange zu sein."

Dieses Verhalten des Hauptvorstandes, seine Stellung, die er im Frühjahr 1924 beim Ablauf des Reichsmantteltarifs eingenommen hat, sein Verhalten bei den übrigen Kämpfen der Arbeiterschaft hat erst den Unternehmern der Holzindustrie den Kamm so gewaltig anschwellen lassen. Die Erfahrung zeigt von neuem, daß auf schiedlich-friedlichem Wege den Holzindustriellen ebensowenig beizukommen ist wie den anderen Industriellen.

Der Angriff der Holzindustriellen ist der Dank an die Reformisten für die Annahme des Dawesplanes, der der Arbeiterschaft als der „Aufstieg in das Sonnenland" von Tarnow gepriesen wurde. Die Unternehmer versuchen, die Lasten des Dawesplanes auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Das darf nicht geschehen. Die Arbeiterschaft muß die Angriffe der Kapitalisten durch die gemeinsame Kampffront abwehren. Die Holzarbeiter können den Angriff der Holzindustriellen ebenfalls nur abwehren, wenn sie ihre Kräfte in diesem Kampfe in den einzelnen Wirtschaftsgebieten nicht zersplittern, sondern wenn die gesamte Kraft der Holzarbeiter zur Abwehr eingesetzt wird. Der Hauptvorstand muß sofort mit den wichtigsten und entscheidenden Verbänden anderer Berufs- und Industriegruppen in den ausschlaggebensten Gebieten die Verbindung herstellen, die nötigen Schritte zur Versorgung der Kämpfenden mit Lebensmitteln (Verbindung mit den Konsumgenossenschaften) unternehmen und alle Vorbereitungen treffen, daß der Kampf aktiv von den Mitgliedern geführt wird. Und wenn jeder einzelne Kollege am Kampfe aktiv beteiligt ist, und wenn der Kampf mit allen Mitteln (Verhinderung von Lieferungen, Transporten, Herausnehmen der Lehrlinge usw.) geführt wird, kann er mit Erfolg beendet werden.

Die erfolgreiche Abwehr des Angriffes liegt aber nicht nur im Interesse der Holzarbeiter, sondern liegt im Interesse der gesamten Arbeiterschaft. Die Unternehmer, die hoffen, die Holzarbeiter durch einen lang andauernden Kampf zermürben zu können, müssen erfahren, daß die gesamte Arbeiterschaft in diesem Kampfe auf seiten der Holzarbeiter steht und sie aktiv im Kampfe unterstützt. Der ADGB. hat die Pflicht, alle Vorbereitungen zu treffen, um evtl. durch Einbeziehung von ausschlaggebenden Betrieben den Kampf zugunsten der Holzarbeiter zu beenden. Der einmal den Holzarbeitern aufgezwungene Kampf darf nicht nur um die Abwehr des Angriffs der Holzindustriellen geführt werden, sondern die einmal mobilisierten Kräfte müssen gleichzeitig für die Durchsetzung der vom Hauptvorstand gestellten Lohnforderung, Erhöhung der Löhne um 15 Prozent und weiter die Zurückeroberung des Achtstundentages, bezgl. der 46-Stundenwoche, eingesetzt werden.

Die Unternehmer, die in ihrem Angriff auf die Lebenslage der Holzarbeiter versuchen, die Front der Holzarbeiter zu zersplittern und auf die durch die Politik des Hauptvorstandes verursachte Flucht aus dem Verband glauben rechnen zu können, müssen auf den eisernen Willen aller Holzarbeiter stoßen. Die Holzarbeiter müssen die Hoffnung der Holzindustriellen durch die Tat vernichten, indem sie restlos in den Holzarbeiterverband zurückkehren und gemeinsam mit den oppositionellen Kollegen den Kampf gegen das Unternehmertum führen. Darum hinein in den Holzarbeiterverband! Organisiert die Kampffront!

Zum 2. Kongreß des Afa-Bundes

Vom 15.—17. Juni findet in München der Kongreß des Allgemeinen freien Angestelltenbundes statt. In den drei Jahren, die seit dem ersten Kongreß verstrichen sind, hat sich die Lage der Angestellten in bedeutendem Maße verschlechtert. Hat doch in dieser Zeit der berüchtigte Abbau stattgefunden, dem Hunderttausend von Angestellten zum Opfer gefallen sind. Der sogenannte Beamtenabbau war zu einem großen Teil ein radikaler Abbau der auf Privatdienstvertrag tätigen Angestellten bei den Behörden und öffentlichen Institutionen. Die Abbauseuche hat aber bei den Behörden nicht Halt gemacht, auch in Industrie und Handel und insbesondere bei den Banken sind ihr unzählige Angestellte zum Opfer gefallen. Dazu kommt noch, daß nach dem Kriege viele Angehörige unserer Berufe, insbesondere Kriegsbeschädigte, als kaufmännische Angestellte ihr Brot zu verdienen suchten. So ist es kein Wunder, daß alle Arbeitsnachweise seit Jahr und Tag in ihren periodischen Berichten immer und immer wieder hervorheben, daß der Stellenmarkt für die kaufmännischen und Bureauangestellten, für die Techniker und Werkmeister, unverändert ungünstig ist, und daß viele Tausende von Angestellten als Hilfsarbeiter oder Notstandsarbeiter, Erdarbeiter usw. zu den miserabelsten Löhnen tätig sind.

An dem katastrophalen Stand des Arbeitsmarktes für Angestellte hat zu einem großen Teil schuld der **Verlust des Achtstundentages.** Unmittelbar nach der Novemberrevolution wurde in vielen Großbetrieben nur 7 Stunden mit noch kürzerer Arbeitszeit am Sonnabend, überall aber auf keinem Fall länger als 8 Stunden gearbeitet. Heute existiert der Achtstundentag für die überwältigende Mehrheit der Angestellten nicht mehr. Besonders in den vielen kleinen und mittleren Betrieben hat sich wieder die Sitte der „guten alten Zeit" eingebürgert, daß im Kontor eben so lange gearbeitet wird, als die Arbeit zu erledigen ist.

Und sieht man sich die Angestelltentarife an, soweit sie heute überhaupt noch existieren und die Unternehmer nicht einfach einen individuellen Arbeitsvertrag mit „ihren" Angestellten abschließen, so muß man feststellen, daß sie im Gegensatz zu den des Kongresses des ADGB. reichhaltiger ist und den Problemen der Gewerkschaftsbewegung eher gerecht wird. Unter anderem ist ein besonderes Referat über den Kampf um den Achtstundentag vorgesehen, ebenso eines über die Rätegesetzgebung und die Steuerfrage. Dazu muß allerdings bemerkt werden, daß die Leitung des Afa-Bundes auch in diesen Fragen über platonische Liebeserklärungen nie hinausgekommen ist. In der Praxis durfte z. B. das Mitglied der Bundesleitung, Herr Giebel, in seiner Eigenschaft als sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter ungeschoren alle Anträge in der Steuerfrage, die jetzt vom Bund aufgestellt werden, niederstimmen. Wie auch Herr Giebel es fertig brachte, für die Ermächtigungs- und Abbaugesetze zu stimmen um dann vor den Mitgliedern gegen den Raub des Achtstundentages und den Abbau zu „protestieren". Dieser Widerspruch zwischen Wort und Tat ist es überhaupt, der viele Angestellte an der freigewerkschaftlichen Bewegung irre werden ließ und sie wieder ins gelbe Lager zurückgetrieben hat.

Ein großer Mangel an der Tagesordnung ist das Fehlen eines Referates über die nationale und internationale **Gewerkschaftseinheit.** Daß das kein Zufall ist, haben wir bei der Charakterisierung Aufhäusers schon angedeutet. Und doch ist es bei der besonders gedrückten Lage, in der sich die Angestellten befinden, dieses Problem für sie von ganz besonderer Bedeutung. Es ist ganz klar, daß ein erfolgreicher Widerstand der Angestellten gegen das Unternehmertum, ein dauernder Wiederaufstieg der freien Angestelltenbewegung nur möglich ist im Rahmen einer wirklich konsolidierten und einheitlichen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und im internationalen Maßstabe. Um so unverantwortlicher ist es deshalb, wenn die Bundesleitung diesen Problemen aus dem Wege zu gehen versucht. Wenn der Bundestag wirklich die Interessen der Angestellten vertreten will, so kann er auch unmöglich schweigend an den Zuständen vorübergehen, die im Laufe des letzten Jahres im ZdA. eingerissen sind. Auf Grund der einzig dastehenden Kasseler Beschlüsse, nach denen kein Verbandsmitglied, das der KPD. angehört, oder mit den Kommunisten sympathisiert, Verbandsfunktionär sein darf, unterdrückt eine gewissenlose und arbeiterfeindlich eingestellte Führerschaft nicht nur ständig jede Opposition, schließt sie aus dem Verbande aus, löst oppositionelle Verwaltungen auf, sie verweigert auch systematisch allen klassenbewußten Angestellten die Aufnahme in die Organisation.

Der Kongreß kann schon darum nicht an diesen in der Geschichte der freigewerkschaftlichen Bewegung beispiellos dastehenden Verbrechen vorübergehen, weil in den anderen Afa-Organisationen die Zusammenarbeit zwischen Leitung und Opposition bei aller kritischen Einstellung derselben und bei aller sachlichen Austragung der Gegensätze sich nur zum Vorteil der Organisation auswirkt. Wir können uns nicht vorstellen, daß dabei zum Beispiel bei den Technikern andere Voraussetzungen bestimmend sein könnten als bei den kaufmännischen Angestellten. Entstammen sie doch denselben Schichten und haben eine gemeinsame Ideologie. Der scharfe Mißton, die unsachlichen Auseinandersetzungen mit den brutalsten Mitteln und die daraus resultierende Zerstörung der Organisation sind ausschließlich durch die besondere Sorte von Führern in den ZdA. hineingetragen worden, die um jeden Preis der Bourgeoisie Liebesdienste erweisen und die Organisation oppositionsrein halten wollen. Der Bundestag hat im Interesse der gesamten Angestelltenbewegung die Pflicht, mit allem Nachdruck dafür zu sorgen, daß in einer der wichtigsten und einzmals weitaus stärksten von allen der Afa angeschlossenen Organisationen sofort gebrochen wird mit den verbandszerstörenden Praktiken und der Kasseler Beschluß schleunigst außer Kraft gesetzt wird.

Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden. — Druck: „Peuvag" Filiale Dresden. — Verantw. Red.: Rudolf Renner, Dresden.

DER SUMPF

Roman von Upton Sinclair

Neubearbeitung

Autorisierte Übersetzung aus dem dem Autor neubearbeiteten amerikanischen Manuskript von Hermynia zur Mühlen. Copyright by „Fest Buch"-Verlag" 1924. Alle Rechte insbesondere die des Nachdrucks und der Übersetzung vorbehalten.

(10. Fortsetzung)

Es gab so unzählige Argumente dafür und dawider, die einzelnen Mitglieder der Familie waren so schwer zu überzeugen, daß derjenige, der sie überzeugen wollte, schließlich selbst schwankend wurde. Und dann kam noch Szedvilas hinzu, erzählte Schauergeschichten von Leuten, die durch einen solchen Hauskaufschwindel zugrunde gerichtet worden waren. Auch beim Kontraktabschluß würde man betrogen: wie kann sich denn ein armer Mensch dabei auskennen? Das Ganze sei Betrug und Gaunerei, man dürfe sich nicht darauf einlassen. „Und ewig Miete zahlen?" fragte Jurgis. Auch dies sei ein Betrug, meinte Szedvilas, aber wird denn der Arme nicht immer betrogen? Betrügt ihn der eine nicht, so betrügt ihn der andere, und er vermag sich nicht zu wehren.

Entscheidend auf ihren Entschluß wirkte die Tatsache, daß sie in ihrer gegenwärtigen Wohnung nicht bleiben konnten. Und es fiel ihnen ebenso schwer, neun Dollars Miete zu zahlen. Eine Woche lang rangen sie mit dem Problem, dann beschloß Jurgis auf eigene Verantwortung den Kauf. Jonas hatte Arbeit gefunden, war Karrenschieber in Durhams Fabrik, bei Brown wurde bis spät abends geschuftet, all dies kräftigte schier stündlich Jurgis' Mut und Vertrauen, er fühlte sich als Herr des Schicksals. Andere mochten bei einem derartigen Kauf zugrunde gehen, aber er ist nicht der Mensch, der zugrunde geht; er kann den ganzen Tag und, wenn es nottut, auch die ganze Nacht arbeiten, er wird nicht ruhen und rasten, bis das Haus bezahlt ist, die Familie wahrhaft ein Heim hat.

So suchten sie denn den Agenten auf, erklärten, sie seien bereit, das Haus zu kaufen, atmeten erleichtert auf, da er ihnen mitteilte, sie seien noch rechtzeitig gekommen.

Am folgenden Morgen sollten sie den Kontrakt unterschreiben. Jurgis wußte wohl, daß hier Vorsicht geboten sei, doch konnte er nicht selbst dabei sein, hatten ihm doch die Kameraden erklärt, er würde, verlangte er einen Tag frei, höchstwahrscheinlich seine Stelle verlieren, jedenfalls den Urlaub nicht erhalten. Er mußte das wichtige Geschäft also den Frauen überlassen, und Szedvilas, der sie zu begleiten versprach.

Frühmorgens machten sie sich auf den Weg. Jurgis hatte den Frauen so viele Ratschläge gegeben, sie vor so viel Gefahren gewarnt, daß sie ganz blaß vor Angst waren, und sogar der gemächliche, gelassene Szedvilas, der auf seine Geschäftstüchtigkeit äußerst stolz war, fühlte sich unbehaglich. Der Agent hatte bereits den Kontrakt vorbereitet. Szedvilas nahm ihn zur Hand, studierte ihn langsam und mühselig, während der Agent mit den Fingern auf das Pult trommelte. Tante Elzbieta stand der Schweiß auf der Stirne; würde der Herr, wenn sie das Dokument so genau studieren, nicht am Ende glauben, sie zweifelten an seiner Ehrlichkeit? Inzwischen erwachte in Szedvilas Geist ein furchtbarer Verdacht, mit gerunzelter Stirn las er weiter. Dies war ja, soweit er es verstehen konnte, gar kein Kaufvertrag, sondern bloß ein Mietvertrag! Freilich war das Dokument in einem juridischen Jargon abgefaßt, den kein Mensch begreifen konnte, aber das eine war doch ganz klar: die Partei erklärt sich bereit, die Bedingungen des Kontraktes zu erfüllen und besagtes Gebäude zu m i e t e n und weiter: eine monatliche M i e t e von zwölf Dollars für die Zeit von acht Jahren und vier Monaten. Szedvilas nahm die Brille ab, blickte den Agenten an und stammelte eine Frage.

Der Agent blieb äußerst höflich, erklärte, dies sei die gewöhnliche Formel, es heiße offiziell immer, das Haus sei bloß gemietet. Er wollte ihnen etwas auf der anderen Seite des Blattes zeigen; Szedvilas aber kam nicht über das Wort Miete hinweg, und da er es Tante Elzbieta mitteilte, erschrak diese furchtbar. Das Haus wird also neun lange Jahre nicht ihnen gehören! Der Agent begann mit unermüdlicher Geduld von neuem zu erklären, doch wollten sie nichts von einer Erklärung wissen. Elzbieta entsann sich Jurgis' Worte: „Wenn irgend etwas nicht zu stimmen scheint, geht ihm das Geld nicht, geht zu einem Rechtsanwalt." Sie verkrampfte die Hände um den Stuhl, keuchte gequält, würgte schließlich hervor, sie wolle einen Rechtsanwalt zu Rate ziehen. Jokubas übersetzte ihre Worte. Sie hatte erwartet, der Agent würde wütend werden, doch blieb er zu ihrer Verwirrung noch immer gelassen, bot sogar an, einen Rechtsanwalt kommen zu lassen. Doch gingen sie nicht auf diesen Vorschlag ein. Sie strebten viele Straßen entlang, um bestimmt einen Rechtsanwalt zu finden, der kein Spießgeselle des Agenten war. Wie groß aber war ihre Bestürzung, als der endlich gefundene Rechtsanwalt beim Betreten des Bureaus den Agenten bei seinem Vornamen anredete!

Nun deuchte sie, alles sei verloren, sie saßen da wie Gefangene, die auf das Todesurteil warten; sie konnten nichts mehr tun, waren in die Falle geraten. Der Rechtsanwalt las das Dokument und erklärte Szedvilas, alles sei in schönster Ordnung. Der Delikatessenhändler stellte mit zitternder Stimme eine Frage nach der anderen; in stummer Qual und Angst hingen die Augen der Frauen an ihm. Sie verstanden ja nicht, was er sagte, wußten bloß, von ihm hänge ihr Schicksal ab. Nun fragte Jokubas Tante Elzbieta, ob sie den Vertrag unterschreiben wolle.

(Fortsetzung folgt.)